

Dicke Luft am Heizkraftwerk



Der alte Kohlekessel mit dem großen Schornstein bläst viel zu viel Staub, Schwefel- und Stickoxide in die Atemluft, wie nun Akteneinsichten der BIBS-Fraktion beim Staatlichen Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig (GAA) ergaben.

Das GAA hält noch still: Grundsätzlich handele es sich um einzuhaltende Grenzwerte gemäß Immissionsschutzverordnung, die für solche Großfeuerungsanlagen seit dem 1.1.2016 gelten.

Noch ist der Schornstein des Heizkraftwerks Mitte mit 198 Metern Braunschweigs höchstes Bauwerk. Doch das könnte bald Geschichte sein. Dem Schornstein droht der Abriss, wie BS|Energy Vorstandsvorsitzender Julien Mounier vor dem städtischen Finanzausschuss orakelte: Ein Rückbau sei „für die Jahre 2018 bis 19“ kalkuliert.

Die Braunschweiger können dann aufatmen – denn aus dem Schlot kam wohl nicht nur heiße Luft, sondern auch Dreck.

Der Fall wirft ein Schlaglicht auf das jahrelange Missmanagement beim Energieversorger, seit er zu 74,9 Prozent an den Privatkonzern Veolia verschertelt wurde.

Die Vorstandschefs bei BS|Energy drückten sich in immer kürzeren Takten die Klinke in die Hand: Auf Ulrich Lehmann-Grube folgte Francis Kleitz. Den löste Kai Uwe Krauel ab, der im Frühjahr gefeuert und durch Julien Mounier ersetzt wurde.

Der Branchendienst www.energategate-messenger.de spekulierte, schuld an Krauels Rausschmiss ... weiter auf Seite 2

Nachwuchswerbung bei der Bundeswehr?



Da freut sich ein Braunschweiger Traditionsverband der Bundeswehr, dass einer der Ihren, Oberst Olaf Rohde, ins Verteidigungsministerium berufen und zum Brigadegeneral befördert wurde. Pikant wurde die Angelegenheit, als Peter Rosenbaum mit Brief Mitte Mai bei der Ministerin wegen des Wappens des Traditionsverbandes ... weiter auf Seite 7

Warum wir kandidieren ...

BIBS-Team kandidiert zur Bundes- und Landtagswahl



Peter Rosenbaum WK 50 für Braunschweig



Niels Salveter WK 49 für Salzgitter / Wolfenbüttel



Tanja Bonnet BS Süd Landtag



Peter Meyer BS West Landtag

Landtagskandidaturen vorbehaltlich der nötigen Unterstützungsunterschriften

Wir, die Bürgerinitiativen Braunschweig – BIBS – treten mit 4 Direkt-KandidatInnen zu den Wahlen an.

Wir sind ein Zusammenschluss von vielen Bürgerinitiativen aus der Region. Wir unterstützen alle Menschen, die sich in basisdemokratischen Initiativen zur Vertretung ihrer Interessen engagieren, weil sie diese den etablierten Parteien nicht mehr allein überlassen möchten.

In unserer Region besteht dringender Handlungsbedarf: So hantiert die Firma Eckert & Ziegler mitten in Braunschweig neben einem Schulzentrum und Wohnhäusern mit radioaktiven Stoffen.

Mit der Planung eines interkommunalen Gewerbegebietes bei Braunschweig-Stiddien und

Salzgitter-Beddingen droht die Anlieferung von Atommüll zur Einlagerung im Schacht Konrad aufgrund von Bundesgesetzen!

Das Wahlgesetz ermöglicht Direkt-Kandidaturen auch ohne Parteizugehörigkeit. Das ist eine Chance für Bürgerinitiativen zur Beteiligung auch bei der Bundestags- sowie der Landtagswahl.

Bei unserem Engagement vor Ort treffen wir häufig auf PolitikerInnen, die im Landtag und im Bundestag hinter verschlossenen Türen abstimmen und nach Wahlen kaum noch öffentlich in ihren Wahlkreisen auftreten. Für ihre Abstimmungen wollen sie sich nicht öffentlich rechtfertigen, sondern betrachten ihr Mandat als eine gut bezahlte Profession.

Bei den Direkt-Kandidaten der BIBS ist das anders. Mitglieder der BIBS arbeiten in Bürgerinitiativen an der Basis und stehen jederzeit Rede und Antwort, so z. B. seit mehr als 10 Jahren jeden Samstag auf dem Kohlmarkt.

Wir werben direkt-demokratisch um die Erststimme; die Zweitstimme mag, wer möchte, einer Partei geben und sei es als das kleinere Übel.

Ihr Team BIBS

Wählen gehen ...

... bitte bei der Suche nach uns nicht verzweifeln: Auf den Wahlzetteln zur Bundes- und Landtagswahl finden Sie uns **gaaaaaaanz unten!!!**

Flohkiste

Elternverein Flohkiste muss umziehen – „Zwischen-Asyl“ am Peterskamp – Neue Bleibe wird gerade gebaut

Verschärfte Brandschutzbestimmungen, hohe Umbaukosten und eine Vermieterin, die andere Pläne hat. Die „Flohkiste“ am Königstiege gehört nach fast 30 Jahren der Vergangenheit an. Die grüne Idylle mit Klettergerüst, großer Sandspielfläche, Beerensträuchern und Obstbäumen ist seit Mitte Juli verwaist. Friedhofsähnliche Stille, da wo jahrzehntelang fröhliche Kinderstimmen durch den großzügigen Garten klangen.

Die „Flohkiste – Kindergruppe e.V.“ ist eine Elterninitiative zur Betreuung von Kindern im Krippen- und Kindergartenalter. Eine der ältesten Einrichtungen dieser Art in der Löwenstadt. Von der Stadt Braunschweig anerkannt und für ihre Arbeit geschätzt. Die Kündigung durch die Vermieterin war für Elternschaft und Erzieherinnen ein Schock.

Man hatte sich nicht auf eine notwendige und kostenintensive Brandschutzsanierung verständigen können. Die Vermieterin wollte unter das „Kapitel Flohkiste“ einen Schlussstrich ziehen. Nachdem die Kündigung im vergangenen Jahr Schwarz auf Weiß auf dem Tisch lag, hatte die Elternschaft und das Team der Einrichtung im westlichen Ringgebiet intensiv nach neuen Räumlichkeiten Ausschau gehalten. Das war aufgrund der überaus angespannten Immobiliensituation eine echte Herkulesaufgabe. Es drohte sogar das Aus. Einige Eltern sprangen ab, die Kinderzahl reduzierte sich. Doch glücklicherweise wurde man fündig – und das sogar wieder im westlichen Ringgebiet. Am Cyriaksring 55 wird derzeit ein Innenhofgebäude errichtet, in das die Kita- und Krippenkinder voraussichtlich Anfang kommenden Jahres einziehen können. Investor und Bauherr Till Rosenbaum musste nicht lange überlegen und entschied sich schnell, den Kindern ein neues „zu Hause“ zur Verfügung zu stellen.

Kündigung durch Vermieterin - Elterninitiative stand vor dem Aus

Da sich die Vermieterin am Königstiege nicht zumindest auf eine angestrebte Verlängerung bis zur Fertigstellung der neuen Räume einlassen wollte, musste allersings schnell eine Übergangslösung her.

Nur mit Hilfe der Sozialdezernentin Andrea Hanke und dem Jugendamt konnte diese auch gefunden werden. Die derzeit 15 Kinder werden bis zur Fertigstellung der neuen Flohkiste in der städtischen Kita am Peterskamp in Quedlinburg unterkommen und sich dort die Räume mit den anderen 25 Kindern samt Erziehern teilen. „Schweren Herzens haben wir die Idylle am Königstiege verlassen“, sagt der Vereinsvorsitzende Holger Neddermeier. Doch freue man sich auf die neue Immobilie, die man sich nach eigenen

Vorstellungen einrichten und gestalten könne. Dank der stark zusammengedrängten Elternschaft und des hervorragend mitziehenden Teams der Erzieherinnen habe man den Kraftakt stemmen können. Zu großer Dankbarkeit verpflichtet sei man auch den Mitarbeitern des Jugendamtes und natürlich dem Team der „Asyl“ bietenden Kita am Peterskamp. Da die zwei Umzüge und der Einzug in die neue Einrichtung einige Tausend Euro kosten werde, freue man sich über jede Unterstützung. Geld- und Sachspenden (eine neue Küche wird notwendig sein) sind natürlich willkommen. Bankverbindung: Kindergruppe Flohkiste e.V.: IBAN: DE07200300000015230451 BIC: HYVE-DEMM300 Hypo-Vereinsbank

Holger Neddermeier



Diese Idylle am Königstiege ist Vergangenheit. Doch mittlerweile sind sie fündig geworden und Kinder und Erzieherinnen freuen sich auf den Neuanfang am Cyriaksring 55. Foto: Flohkiste

Fortsetzung von Seite 1

BS|Energy: Dicke Luft ...

könne „das lokale Engagement von BS|Energy für Vereine und kulturelle Projekte“ gewesen sein – doch die Wahrheit ist viel bitterer. Nicht Geld für Kicker oder Burgplatz-Arien haben die BS|Energy-Gewinne in 5 Jahren um drei Viertel und fast 70 Millionen Euro einbrechen lassen, sondern Zockereien am Energiemarkt.

Kunden laufen weg

BS|Energy sitzt auf rund 8-mal so viel Strom, wie es in Braunschweig absetzt (Unser-Braunschweig berichtete in Ausgabe 17, S.2). Und dann laufen dem einstigen Stadtwerk im liberalisierten Markt auch noch die Kunden weg. 2012 speiste BS|Energy noch 702 GWh ins BS-Netz ein, 2014 605 GWh und 2016 waren es nur noch 535 GWh. Dennoch weist BS|Energy in seinen Kennzahlen noch für 2016 eine Eigenerzeugung von 837 GWh aus! Dazu 3.528 GWh zugekauften Strom, für den sie Abnehmer akquirieren muss (zuletzt Gifhorn). Damit hatte BS|Energy 4.365 GWh Strom in 2016 unterzubringen, wurde aber nur 1.701 GWh an eigene Kunden Braunschweiger Kunden.

Gegenüber 2015 brach daher der Umsatz in der Stromsparte um satte 101,3 Mio. € ein (BVAG Lagebericht 2016).

Fossiler Riese

Die Verbraucher wollen sauberen Strom – aber BS|Energy setzt zu 54,2 Prozent auf Gas, Kohle, Schweröl und Kernkraft. Die fossile Verbrennung produziert Dreck: Stickoxide (NOx), Schwefeldioxid (SO₂) und Staub. Im HKW Mitte verfeuert Kessel 1 laut Auskunft von Ernst-Dietrich Morgener (Gewerbeaufsichtsamt GAA) ausschließlich Kohle. Beim An- und Abfahren, Wartung, Montage oder Defekten überschreitet Kessel 1 regelmäßig die erlaubten Schadstoff-Grenzwerte, was bis Ende 2022 noch per „Übergangsregelung“ toleriert wird (GAA vom 21. 7. 2017).

Den Aufsichtsratsmitgliedern OB Markurth, Bratmann (beide SPD), sowie Wendroth (CDU) ist die Thematik lt. Schreiben vom 10. August 2017 bekannt: „relevante Störfälle im Unternehmen [...] werden dem Aufsichtsrat selbstverständlich mitgeteilt“.

Die Ersatzkessel 12, 13-15 und 16-18 springen ein, wenn Kessel 1 abge-

schaltet wird. Sie werden mit Gas, aber auch mit Schweröl betrieben – und verfügen „nicht über eine Rauchgasreinigung“, so Morgener. Dies sei „zur Einhaltung der Grenzwerte auch nicht erforderlich“. Denn die Grenzwerte werden aus sog. „Tagesmittelwerten“ berechnet. Kessel 12 lief 2016 in den Wintermonaten Januar bis Ende März sowie November bis Silvester regelmäßig. Kessel 16-18 sprang rund 12 Mal im Jahr ein, Kessel 13-15 rund 35 Mal. Die 2011 mit viel Brimborium als „besonders sauber“ eingeweihte und knapp 80 Mio. Euro teure „GuD“-Anlage (produziert Strom und Fernwärme) konnte diese Spitzen offenbar nicht auffangen.

Leitung oder neues Kraftwerk?

Wenn spätestens Ende 2022 das Aus für Kessel 1 kommt, braucht BS|Energy zusätzliche Kapazitäten. Zwei Szenarien stehen im Raum. Entweder der Bau eines neuen, reinen Gaskraftwerks, oder der Bau einer Fernwärmeleitung von den Stahlwerken Salzgitter nach Braunschweig. Denn rund 45 % der Wohnungen in Braunschweig werden mit Fernwärme beheizt. Über die Leitungs-Variante



sagen BS|Energy (Annette Schütz auf Anfrage vom 5. April 2017 und die Salzgitter AG (Konzernsprecher Bernhard Kleinermann vom 4. April 2017) übereinstimmend: „Beide Seiten untersuchen derzeit die technische und wirtschaftliche Machbarkeit einer Fernwärmeleitung ... Darüber bildet ein gemeinsamer ‚Letter of Intent‘ den Rahmen“. Stadtsprecher Rainer Keunecke am 10. April 2017: „Eine derartige Rohrleitung entzöge sich als gemeindegebietsübergreifendes Projekt der kommunalen Planungshoheit“ und müsse „über ein übergeordnetes Verfahren hergestellt werden“. Blöd nur: Der zuständige, übergeord-

nete Regionalverband Braunschweig weiß nichts davon. Verbands-Sprecherin Gisela Noske am 17.08.2017: „Wir sind bislang nicht einbezogen worden.“

Dabei sitzen in der Verbandsversammlung zahlreiche Braunschweiger Politiker, u. a. die SPD-MdL Bratmann, Pantazis und Bachmann. Verbandsdirektor ist Hennig Brandes (CDU), langjähriger Ratscherr und Ex-MdL. In den Sternen steht, wie lange Salzgitter überhaupt noch Stahl (und damit Wärme) produzieren wird. Die Braunschweiger sollten vielleicht schon mal Feuerholz sammeln.

Text und Foto: Klaus Knodt

Zu viele Atom-Partikel in der Luft

Schilddrüsenerkrankungen nahmen nicht zufällig seit Beginn des Atomzeitalters stark zu.

Die Auswirkungen atomarer Partikel wie insbesondere das Jod-Nuklid 131 auf den menschlichen Körper, und gerade auf die Schilddrüse, sind wissenschaftlich unbestritten.

Die radioaktiven Jod-Partikel kommen über die Luft, schleichen sich durch undichte Ritzen in den Fenstern und Türen, der Mensch atmet die Luft ein, kann nicht zwischen guter und schlechter Luft unterscheiden. Nach dem Inhalieren breiten sich die Partikel im Körper aus. Auch über die Haut können sie in den Körper gelangen. Dann lagern sie sich im Gewebe an und entfalten ihre zerstörerische Kraft.

Das Radionuklid Iod 131 etwa ge-

hört zu den Beta-Minus-Strahlern. Das heißt, aus dem Nuklid schießen laufend Elektronen in die Umgebung. Alle biologischen Moleküle, auch das Wasser im Körper, bremsen diese Strahlung ab und setzen dabei schädliche Energie in den betroffenen Organen wie z. B. der Schilddrüse frei.

Luft-Ableitungswerte für Jodnuklide bei Eckert & Ziegler zu hoch?

In der SPD-Zeitung „Redezeit“ (Ausgabe Juni 2017) war zu lesen: „Das Ministerium hat uns mitgeteilt, dass dazu noch Gutachten des TÜV zu den Ableitungen von radioaktiven Stoffen über Luft und Wasser auf Basis der Strahlenschutzverordnung ausstehen“, fasst der Abgeordnete Christoph Bratmann zusammen. Sicher



sei jedoch schon jetzt, dass seitens der Unternehmen eine „deutliche Reduzierung der Ableitungswerte für Luft für die Jodnuklide erfolgen muss.“

Daraus lässt sich schließen, dass derzeit die Luft-Ableitungswerte für die Jodnuklide zu hoch sind.

BIBS hakte nach

Vor diesem Hintergrund fragte die BIBS-Fraktion im Umweltausschuss am 9.8.2017:

1) Ist die Stadt über diese erhöhten Abluftwerte von den zuständigen Be-

hörden und Ministerien in Kenntnis gesetzt worden?

Antwort: „Die Stadtverwaltung wurde über möglicherweise erhöhte Abluftwerte nicht in Kenntnis gesetzt.“ (Vorlage 17-04967-01)

Das Umweltministerium ergänzte „Hierfür wurde ein Sachverständiger nach § 20 Atomgesetz beauftragt... Nach dem derzeitigen Stand der Überprüfung ist zu erwarten, dass eine Reduzierung der Ableitungswerte für Luft für die Jodnuklide erfolgen wird.“ (Umweltministerium vom 7.8.2017)

2) Mit welchen Maßnahmen, Instrumenten etc. sieht sich die Stadt in der Lage, ihre BürgerInnen vor den erhöhten Jodnukliden zu schützen?

Antwort: „Die Stadtverwaltung hat hier weder Zuständigkeiten noch Eingriffsbefugnisse ...“ (Vorlage 17-04967-01)

Das Ministerium pflichtete bei, Maßnahmen der Stadt seien nicht notwendig, da die Grenzwerte des § 47 StrlSchV eingehalten werden. red

Stadt für Atommüll-Zwischenlager in Braunschweig

Das Unternehmen Eckert & Ziegler Nuclitec (EZN) betreibt in Leese die sogenannte „Landessammelstelle Niedersachsen, Lager Leese“, in dem Atommüll zwischengelagert wird. Nun findet sich auf der Homepage der Bürgerinitiative Strahlenschutz Leese (BISS Leese) folgende Passage:

„Die Firma EZN, die die Umgangsgenehmigung mit den Fässern und Materialien besitzt, hat gemäß Akteneinsicht ein Interesse daran, einen geeigneteren Standort zu bekommen. Die Raiffeisen als Verpächter des Geländes ist nicht bereit, den Vertrag über den Ablauf einer Verlängerungsoption hinaus ab 2030 weiter fortzusetzen.“ (http://www.biss-leese.de/news/zwischenlager-leese-nicht-zukunftsfähig/)

Im September 2013 wurde auf Seiten der Stadt Braunschweig darüber diskutiert, dass sich in Verbindung mit der nicht ausgeschöpften Umgangsgenehmigung in Braunschweig-Thune

dort ein „nationaler Standort für die Entsorgung radioaktiver Abfälle“ etablieren könnte (siehe Vermerk vom 12.09.2013 im Faksimile).

Herrn Oberbürgermeister Dr. Hoffmann

zur Behandlung in der Dezko am 12. September 2013

Bebauungsplan „Gieselweg/ Harxbütteler Straße“, TH 22
Überarbeitung der Planung

Nach unbest. Infomaterialien ist im Gespräch, dass die Firma E&Z eine Ausweitung am Standort in Thune nach einer Schließung des Zwischenlageres in Leese in Betracht zieht. E&Z, auch aufgrund der räumlichen Nähe gute Aussichten auf eine nationale Standort für die Entsorgung von Atommüll. Dies steht aus Sicht von Dez III den gestellten Anforderungen an einen nationaler Standort für die Entsorgung von Atommüll. Dies steht aus Sicht von Dez III den gestellten Anforderungen an einen nationaler Standort für die Entsorgung von Atommüll.

Vor diesem Hintergrund stellte die BIBS-Fraktion im Planungs- und Umweltausschuss folgende Fragen:

1. Kann die Verwaltung ausschließen, dass bei einem Auslaufen der Pacht-

verträge für die Niedersächsischen Landessammelstelle atomarer Abfälle in Leese eine Verlagerung der Landessammelstelle nach Braunschweig droht?

Antwort: Man gehe davon aus, dass noch „deutlich vor 2030“ radioaktive Abfälle im Schacht Konrad eingelagert werden könnten. Dafür müssten aber die Fässer aus Leese einer „Nachqualifizierung“ unterzogen und „in geeignete Endlagerbehälter - Konrad Container“ umgefüllt werden. Diese Leistungen inkl. „Nachkonditionierung“ und „mehrfähriger Zwischenlagerung“ beabsichtige man europaweit auszuschreiben. „Aktuell verfügt die Firma Eckert & Ziegler

Nuclitec GmbH über keine Genehmigung, endlagerfähige Gebinde mit radioaktiven Abfällen am Standort Braunschweig längerfristig zwischenzulagern.“ (Antwort Nieders. Umweltministerium vom 7.8.2017)

2. Kann die Verwaltung ausschließen, dass bei einem Auslaufen der Pachtverträge in Leese die Fa. Eckert & Ziegler ihren firmeneigenen Abfall von Leese nach Braunschweig verlagert?

Antwort: „Falls die Firma Eckert & Ziegler Nuclitec GmbH dies beabsichtigen würde, wäre hierfür eine Genehmigung gemäß § 7 der Strahlenschutzverordnung beim Nieders. Ministerium für Umwelt zu beantragen“ (Nieders. Umweltministerium 7.8.2017)

Zwischenlager in Thune für Eckert & Ziegler Umweltdienste GmbH

Trotz dieser unklaren Genehmigungslage möchte die Stadtverwal-

tung schon mal vorab die Halle als Zwischenlager genehmigen und beruft sich dabei auf vermeintliche Zusicherungen der Atomfirma. Diese hatte mit Brief vom 27.7.2017 zugesichert, keine Vergrößerung der Konditionierung mehr zu planen, sondern „nunmehr ausschließlich die vorübergehende Lagerung schwach radioaktiver (vernachlässigbar wärmeentwickelnder) Reststoffe und Abfälle“ in dem Hallen-Neubau lagern zu wollen (Schreiben vom 27.7.17) ros

NDR berichtet: Größer als Elbphilharmonie

Stadt will neue Halle genehmigen: "Mehr als 26.000 Kubikmeter Raum, auch für die Lagerung von radioaktiven Stoffen; eine Halle größer als der Konzertsaal der Hamburger Elbphilharmonie" (NDR 20.8.2017)

Villa von Bülow mit Park

Kulturgüter erhalten

Die Villa von Bülow mit ihrem Park ist eines der bedeutendsten Baudenkmäler des Klassizismus in Braunschweig. Sie markiert in einzigartiger Weise neben der Okerbrücke an der Celler Straße den westlichen Eingang zur Stadt. Sie wird vom Georg-Eckert-Institut für

Schulbuchforschung genutzt. Das Institut will seine Standorte in Braunschweig hier zusammenlegen. In einem riegelartigen Bau an der Freisestraße soll eine neue Bibliothek entstehen und das angrenzende ehemalige Schwesternwohnheim zum Verwaltungsbau umfunktioniert werden. Durch den

Neubau wird ein Teil des Parks zerstört und die Villa steht nicht mehr frei. Das ist ein nicht hinnehmbarer Eingriff in die geschützte Denkmallandschaft.

Das Bürgerforum Wallring e.V. hat daher einen Alternativvorschlag eingebracht, der jetzt weiter konkretisiert und ausgearbeitet wurde. Das Konzept geht

von einer Beseitigung des ehemaligen Schwesternwohnheimes aus, um dort den Erweiterungsbau für das Georg-Eckert-Institut in kompakter Bauform zu errichten. Das aus der Zeit um 1970 stammende 6-geschossige Schwesternwohnheim wurde in den südlichen Teil des ehemaligen Villengarten gesetzt und kann aus heutigen Sicht nur als eklatanter Bruch mit den baulichen Traditionen im Wallringbereich angesehen werden. Eine Beseitigung des Gebäudes ist daher kein Verlust sondern bietet die Möglichkeit, hier für

das Schulbuchinstitut einen städtebaulich und gestalterisch wertigen Neubau zu errichten. Das Raumprogramm des Instituts kann vollständig in einem 4-geschossigen Neubau mit Dachgeschoss untergebracht werden. Die Stellplätze kommen ins Untergeschoss und verschandeln nicht den Park. Gästewohnungen werden in dem Nebengebäude der Villa eingerichtet. Falls erforderlich, kann eine unterirdische Verbindung mit unauffälliger Deckenverglasung zwischen Villa und Bibliothek mit Verwaltung hergestellt werden. Eine detaillierte Kostenermittlung zeigt, dass der Alternativvorschlag kostengünstiger ist, als der Entwurf des Georg-Eckert-Instituts. Mit der Variante für die in jedem Fall notwendige und zu begrüßende Erweiterung des Georg-Eckert-Instituts wird dem renommierten Institut zu einer gemäßen baulichen Repräsentation verholfen. Dabei werden die Denkmal- und Gestaltungswerte im Umfeld der Villa nicht nur bewahrt, sondern noch verbessert.

Wolfgang Wiechers



Abbildung 1: Planung Georg-Eckert-Institut



Abbildung 2: Vorschlag Bürgerforum

Abbildung 1: Vorschlag Georg-Eckert-Institut (Visualisierung AG Gebautes Erbe)

Abbildung 2: Vorschlag Bürgerforum Wallring (Visualisierung AG Gebautes Erbe)

Bürgerinitiative Baumschutz Braunschweig

„Wir werden die Randbebauung von Viewegsgarten nicht hinnehmen“



Nicht nur Braunschweig wird immer grauer. Aber es gibt zunehmend Widerstand gegen den Grünfraß. Auch bei uns ist z.B. die Randbebauung von Viewegsgarten im Gespräch. Das werden wir nicht hinnehmen!

Wir sind ein unabhängiger Zusammenschluss von Braunschweiger BürgerInnen, die sich für den Schutz und Erhalt der Bäume in und um Braunschweig einsetzen. In den letzten Jahren hat Braunschweig aufgrund rücksichtsloser Fäll- und Kappungsmaßnahmen eine große Anzahl wertvoller Stadtbäume und Büsche verloren. Auch Grünflächen und Parkanlagen verschwinden immer häufiger und werden überbaut und teilweise versiegelt. Das bedeutet auch einen großen Verlust an Lebensqualität, den wir nicht länger hinnehmen wollen.

Wir fordern:

- Keine weiteren sinnlosen Abholungen in und um Braunschweig
- Sofortige Ersatzpflanzungen für bereits gefällte Bäume in Braunschweig
- Bauprojekte und Verkehrsplanungen müssen den möglichst weitgehenden Erhalt von Busch- und Baumbestand mit einbeziehen
- Einführung einer Baumschutzsatzung, die einen wirksamen Schutz von Bäumen garantiert
- Frühzeitige Einbeziehung von Anliegern, Umweltverbänden und der BI Baumschutz bei Fällabsichten
- Fachgerechte und schonende Baum- und Gehölzpflege – keine rücksichtslosen und baumschädigenden Kappungen und Rückschnitte
- Keine weiteren unnötigen Baumfällungen auf den Grundstücken der Baugesellschaften
- Erhalt von Wäldern, Parks, Grünflächen und Gartenanlagen
- Neupflanzungen mit ökologisch wertvollen einheimischen Bäumen und Sträuchern
- Sensibilisierung von Hauseigen-

tümern und Unternehmen für einen schonenden Umgang mit Bäumen und Gehölzen

- Wertschätzung von Bäumen als (Mit)Lebewesen

Die Bedeutung von Stadtbäumen

Bäume sind wegen der Vielfalt ihrer ökologischen Funktionen unverzichtbar. Eine 100 Jahre alte Rotbuche zum Beispiel, die etwa 20 Meter hoch ist, verarbeitet 9.400 Liter Kohlendioxid an einem Sonnentag (Ausstoß von zwei durchschnittlichen Einfamilienhäusern) und bindet mehr als 100 Kilogramm Staub im Jahr. Ein Stadtb Baum ist in der Lage, an einem Sommertag bis zu 400 Liter Wasser zu verdunsten und damit seine direkte Umgebung um einige Grad abzukühlen. Gerade in Zeiten des Klimawandels und sich aufheizender Städte ist dies von großer Bedeutung.

Bäume können je nach Gehölzart und -dichte bis zu 12 dBa Lärm mindern. Das ist abhängig von der Blattgröße und der Belaubungsdichte. Voraussetzung für einen optimalen Lärmschutz ist neben einem entsprechenden Aufbau der Pflanzung gesundes, volles Laub und eine ungestörte Baumkrone. Bäume sorgen nicht nur durch ihre Krone und ihren Stamm, sondern auch durch ihre Blüten, ihre Borke, ihren Duft und ihre Früchte für ein ästhetisches Gesamterlebnis. Das Farbenspiel des Laubes im Jahresrhythmus, das Spiel der Blätter in Licht und Schatten lässt uns den zeitlichen Ablauf sinnlich erfahren und schenken uns alleine oder im Zusammenhang mit Gebäuden Inseln der Ruhe und Schönheit in der Hektik des Alltags.

Bäume sind Lebensraum für Tiere und sogar für andere Pflanzen. Zahlreiche Insekten, Vögel, Fledermäuse, Eichhörnchen und andere Kleinsäuger finden hier Nahrung und Schutz. Den besten Lebensraum für zahlreiche einheimische Tier- und Pflanzenarten bieten einheimi-

sche Gehölzarten, die der natürlichen Vegetation am ehesten entsprechen. Und selbst Totholz an Bäumen ist ein wichtiger Lebensraum für viele, teils geschützte Tierarten. Ganz besonders wertvoll sind große, alte und einheimische Bäume mit großer Baumkrone.

Was können wir tun?

- Sammeln von Unterschriften für unsere Forderungen und Überreichen an den Rat der Stadt
- Infotische in der Stadt, auf Stadtfesten etc.
- Fotodokumentation besonders rücksichtsloser Fäll- und Kappungsmaßnahmen, Veröffentlichung in der Presse, im Netz, auf Infotafeln
- Nachpflanzungen einfordern und Realisierung beobachten
- Infoveranstaltungen, z. B. mit prominenten BaumschützerInnen, Filmveranstaltungen, Ausstellungen etc.
- Vernetzung und Zusammenarbeit mit Baumschutzinitiativen in anderen Gruppen (BUND, NABU, ...) und aus anderen Städten
- Informieren bei geplanten Fällungen vor Ort (Infotische, Unterschriftenlisten, Baum-Augen ...)
- Sammeln von Informationen auch über kontroverse Argumente der „Baumgegner“, z. B. über Gebäude- und Kanalschäden durch Bäume, Baumkrankheiten, nachzupflanzende Bäume etc.
- Nachfragen und Beschwerden bei Ratsmitgliedern und zuständigen Ämtern

Kontakt: Über Facebook oder E-Mail: bi-baumschutz-braunschweig@gmx.de

**Wählen gehen ...**

... bitte bei der Suche nach uns nicht verzweifeln: Auf den Wahlzetteln zur Bundes- und Landtagswahl finden Sie den/die jeweilige/n BIBS-Kandidaten/-in **gaaaaaaanz unten!!!**

Arbeitswelt 4.0

Ein erneut großer Umbruch droht der Arbeitswelt: Industrielle Revolution 4.0, künstliche Intelligenz, so die Schlagworte. Betrafen Computertechnik und die Automatisierung bisher vor allem ungelernete Beschäftigte, so dringt die neue technische Revolution auch in die Arbeit der Fachkräfte ein, mit massenhaften Folgen für die Arbeitsplätze. Welche Folgen hat das für die Region Braunschweig?

Eine als seriös zu betrachtende Studie hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit vorgelegt. Das IAB hat untersucht, wie viele Beschäftigte in welchem Maße von der Digitalisierung betroffen sind. Von einer „hohen Betroffenheit“ geht das IAB aus, wenn schon heute mehr als 70 % der Tätigkeiten durch Computer oder computergestützte Systeme übernommen werden könnten.

Für die Beschäftigten in Braunschweig und Salzgitter hat die Berufsforschung der Bundesanstalt die folgenden Werte ermittelt:

Grad der Betroffenheit	Braunschweig	Salzgitter
70 bis 80 %	8.700	8.400
80 bis 90 %	3.600	1.800
90 bis unter 100 %	1.700	1.800
100 %	400	600
Insgesamt 70 bis 100 %	14.400	12.600

Begleitet wird dieser Wandel zur allumfassenden Digitalisierung des Arbeitslebens in der Regel mit Abbau von Arbeitnehmerrechten (Deregulierung des Arbeitszeitgesetzes) oder der Ausweitung von Scheinselbstständigkeit (sog. Freelancer).

Die Menschen hätten sich dem Wandel eben anzupassen und so wird der Bildungsbereich auf die Bedürfnisse der Digitalisierung zugeschnitten werden. So weit, so gut.

Die weitergehenden Auswirkungen der Digitalisierung werden aber nicht

thematisiert. Der Verlust von Arbeitsplätzen und die Veränderungen in den Beschäftigungsstrukturen werden zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Finanzierungsbasis der sozialen Sicherungssysteme führen. Diese Auswirkungen und die Auswirkungen des demographischen Wandels summieren sich. Die Gefahr des sozialen Abstiegs wird für Bevölkerungsgruppen akut, die sich heute noch relativ sicher fühlen.

Digitalisierung - ein Naturgesetz?

Es ist absehbar, dass die Digitalisierung zu Arbeitsplatzängsten führen wird. Dies mag im Interesse vieler Unternehmen liegen, weil die Bereitschaft sinken kann, für bessere Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnung zu streiken oder die eigenen Rechte in Anspruch zu nehmen. Angst vor Arbeitsplatzverlust und sozialem Abstieg macht aber auch für die Parolen von politischen Rattenfängern empfänglich.

Eine Politik, die sich nur mit den Auswirkungen der Digitalisierung be-

schäftigt, wird der gesellschaftlichen Dimension nicht gerecht.

Steuerung durch politische Vorgaben

Politik muss ihrer ureigensten Aufgabe gerecht werden und das heißt, sie muss die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung definieren.

Hilfreich dabei kann die Bildung von „Digitalbeiräten“ sein, in der die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen beratend für politische Gremien tätig werden.

Wolfgang Bischoff

Wahlprogramm zur Bundestagswahl am



Atommüllhalden in der Region stoppen

Auf Parteien und politische Gremien zu vertrauen, zählt nicht mehr, wie aktuell gerade die Vorgänge um die ASSE-Begleitgruppe erneut vor Augen führen (siehe dazu hier auf Seite 7 „ASSE am Scheideweg“).

Nils Salveter, stellv. Bezirksbürgermeister Timmerlah/Geitelde/Stiddien
Bundestagskandidat WK 49, Salzgitter/Wolfenbüttel

Schönfärberei als „Energiezentrum ASSE“, wie in einer Konzeptstudie der „Allianz für die Region“(*) von den Räten Braunschweig, Salzgitter und Wolfenbüttel beschlossen, zeugt von der Ahnungslosigkeit der Politik. (*) (RIK-Studie 2020, Seite 468).



Peter Rosenbaum,
Ratscherr,
Bundestagskandidat WK 50, Braunschweig

Stiddien-Beddingen der Städte Braunschweig und Salzgitter (gesamt 326 ha) muss unbedingt verhindert werden, nicht nur wegen der guten Böden, sondern weil bei einer Versiegelung einer so großen Fläche die Insektenbiomasse, die an manchen Orten nur noch 20% beträgt, auch hier gegen

Der Bund bedankt sich für solcherart Verharmlosung mit dem Ausbau weiterer Atommüll-End- und Zwischenlager nicht nur an der ASSE, sondern auch noch in Salzgitter. Nur die Wachsamkeit der Bürgerinitiativen hält momentan weitere Atommüll-Planungen in Stiddien/Beddingen und Thune in Schach.

Ackerböden und grüne Lunge der Region bewahren.
Das geplante interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet

„0“ gehen würde (siehe Bericht im Heute Journal vom 28.6.2017). Auch die Nähe zu Schacht Konrad und dem Atom-Übergabebahnhof Beddingen macht es wahrscheinlich, dass das Gelände als Eingangslager für mittel- und schwachradioaktiven Atommüll verwendet wird. Die Anlieferung des Atommülls „Just-in-Time“ über den Bahnhof Beddingen ist ja bekanntlich passé.

Bodenvergiftung durch Fracking verhindern

Zwar rühmen sich Bundespolitiker weitgehend die Böden v

Grundsicherung, Gesundheitsversorgung, Rente

Wir fordern eine auskömmliche Rente, die eine gute Mindestrente garantiert und alle Einkommensarten einbezieht sowie ein familienfreundlicheres Arbeitsrecht, z. B. durch das Recht, zwischen Teil- und Vollzeit hin- und wieder zurückzuwechseln.

Das Gesundheitssystem muss nachhaltig und gerecht gestaltet werden, z. B. durch die Einführung einer allgemeinen Bürgerversicherung. Allen Personengruppen muss ein Grundeinkommen für eine menschenwürdige Teilhabe an der Gesellschaft gewährleistet werden.

Daseinsvorsorge, Investitionen in das Gemeinwohl

Bildung muss in allen Einrichtungen, also Krippen, Kitas, Schulen und Universitäten kostenfrei sein.

Bezahlbarer Wohnraum muss durch eine stärkere Förderung des öffentlichen Wohnungsbaus, eine wirksame Mietpreisbremse und einen Stopp der Modernisierungumlage geschaffen werden. Der Verkauf von rd. eintausend städtischen Wohnungen in Braunschweig vor zehn Jahren entpuppte sich als schwerer Fehler. Den ÖPNV in der Fläche ausbauen und attraktiver machen.

Klimaschutz

Wir fordern einen wirksameren Klimaschutz durch die massive Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien, einen schnellen Ausstieg aus der Kohle und die Einführung einer Abgabe auf den Ausstoß von CO₂.

Der Bahnverkehr sollte attraktiver gestaltet werden, um mehr Menschen und Güter auf die Schiene zu bringen.



Umwelt- und Verbraucherschutz

Wir fordern eine Reduzierung des Plastikmülls, z. B. durch Einführung einer Abgabe auf Plastikverpackungen sowie ein Verbot von Mikro-/Nanoplastik in Kosmetika.

Mehr Transparenz über Herstellung und Inhaltsstoffe von Produkten sollte durch eine Kennzeichnungspflicht sowie Ampel- und Siegelsysteme hergestellt werden.

Mehr Datenschutz muss durch eine Einschränkung der Datensammlung von Konzernen erreicht werden.

Agrarwende

Wir wollen die ökologische Landwirtschaft umfassend fördern und die Agrarsubventionen für Großbetriebe stoppen. Die Massentierhaltung und der Einsatz von Pestiziden sind deutlich einzuschränken und mit strengen Auflagen zu versehen sowie die Gentechnik in der Landwirtschaft zu verbieten.

Diesel-Betrug kein Kavalierdelikt

Die geringe Wirkung der jetzigen Auflagen im Gegensatz zu einer strengeren Politikern bekannt. Trotzdem abermals opportunistisch den Politikern bekannt. Trotzdem fordern stattdessen eine Schlichtung und für die Natur.

Die Bürgerinitiativen in der Region sind nicht erst jetzt. Die Leugnung des Delikts mit ihren Diesel-Absprachen ist nicht erst jetzt. Warum soll das eigentlich nur ein Delikt fallen, anstatt unter Bausubventionen zu fallen?

Für Braunschweigs Parteien ist es nicht erst jetzt, dass sie die Umstände und Politik ließen sich nicht ändern; oder schon vergessen, Was ist die Verantwortung und Piëchs Ehrenbürger

24.9. und Landtagswahl am 15.10.2017



Tanja Bonnet, Bezirksrätin Weststadt, **Landtagskandidatin WK 2, Süd**

Giftung durch Hindern

Politiker, mit einem neuen Gesetz vor Fracking-Giften geschützt

zu haben, nur beziehen sich solche Einschränkungen auf Fracking in Schiefergestein.

Sandgestein, wie in Niedersachsen vorherrschend, wurde dabei offensichtlich bewusst ausgeklammert.

Die Einrichtung von Wasserschutzgebieten könnte helfen, nur wurde jüngst ein Wasserschutzgebiet in Lamme per Ratsbeschluss aufgehoben.

Wir fordern die Einrichtung von Wasserschutzgebieten vor allem im Westen von Salzgitter und Braunschweig; denn dort wurde einem amerikanischen Explorationsunternehmen von den Behörden eine Aufsuchungserlaubnis erteilt.



Sammlung der Zulassungsunterschriften zur Landtagswahl auf dem Kohlmarkt

Keine weitere Flutung der Netze mit Atomstrom

Um nicht noch mehr Atom-müll zu produzieren, müssen die Atomkraftwerke abgeschaltet werden.

Unter den Augen von Kommunalpolitikern wie z. B. der Oberbürgermeister der Städte Salzgitter und Braunschweig speisen die Energieversorger immer noch bis zu 20 % Atomstrom in die Netze.

Die Energieversorger der Region sind zu verpflichten, ihre Geschäfte mit Atomstrom zu beenden.



Peter Meyer, Vorstandsmitglied der BISS, **Landtagskandidat WK 3, West**

Banken und Konzerne regulieren

Wir fordern, den Abschluss undemokratischer und unfairer „Freihandelsabkommen“ wie CETA, TTIP, JEFTA und TiSA zu stoppen. Unethische und komplexe Finanzprodukte wie z. B. die Spekulation auf Nahrungsmittelpreise und Immobilienkredite müssen verboten und endlich eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

Alternative Wirtschaftsmethoden müssen z. B. durch die Unterstützung von sozial und ökologisch wirtschaftenden Unternehmen gefördert werden. Wir fordern ein strengeres Haftungsrecht für Unternehmen bei Verstößen gegen Umweltschutz- und Menschenrechtsstandards.

Faire Löhne

Der Mindestlohn muss deutlich erhöht und auf alle Branchen ausgeweitet werden. Leiharbeit muss mittelfristig verboten und in einer Übergangszeit für Entleiher deutlich verteuert werden.

Wir fordern gleichen Lohn für gleiche Arbeit und eine bessere Bezahlung von Arbeitnehmer*innen in sozialen und Bildungsberufen. Dagegen sind die Gehälter von ManagerInnen wirksam zu deckeln.

Abrüstung

Wir fordern eine Absage an Kriegs- und Auslandseinsätzen der Bundeswehr sowie die Auflösung der US-Airbase Ramstein mit ihren Atomwaffen sowie ihrer globalen Steuerung von Killerdrohnen. Wir fordern, die deutschen Rüstungsausgaben nicht zu erhöhen und die Waffenproduktion in Deutschland deutlich einzuschränken sowie die Exporte in Länder außerhalb der EU zu verbieten. Kein Drohnenkrieg von deutschen Boden zulassen, Air-Base „Ramstein“ und Atomwaffenlager Büchel müssen endlich geschlossen werden.

Europa-Politik

Wir fordern eine Stärkung des EU-Parlamentes, eine gemeinsame EU-Sicherheitspolitik, die Einführung gemeinsamer europäischer Staatsanleihen und eine Beendigung der harten Sparpolitik gegenüber den anderen EU-Ländern.

Ungleichheit bekämpfen

Die Schere zwischen arm und reich geht kontinuierlich weiter auseinander.

Wir fordern die deutliche Anhebung der Spitzensteuersätze sowie eine höhere Besteuerung von Vermögen, Kapitaleinkommen und großen Erbschaften. Die Steuerflucht muss wirksam bekämpft werden..

Menschenwürdige Flüchtlingspolitik

Faire und großzügigere Asylverfahren sind sicherzustellen sowie legale Wege für Migration, z. B. durch ein Einwanderungsgesetz, zu schaffen. Geflüchteten muss das Recht auf Arbeit eingeräumt werden.

Wir fordern die Streichung von Fördergeldern für den Export von Agrarprodukten in Entwicklungsländer sowie den Ausbau gezielter Entwicklungshilfe zur Bekämpfung von Fluchtursachen.

Demokratie

Wir fordern die Bekämpfung des Lobbyismus, z. B. durch Einführung eines zentralen, öffentlich einsehbaren Lobby-Registers sowie die Pflicht zur Veröffentlichung und Begrenzung der Höhe von Parteispenden.

Der Abbau von Bürokratie ist weiter voranzutreiben und bürgerschaftliches Engagement finanziell zu fördern.

Wir fordern die Einführung eines mehrstufigen, bundesweiten Volksentscheides.



Autokonzern - Verbrechen

Autokonzern, die durch die Installation von Software-Upgrades die komplette Nachrüstung ist, trotzdem unterwerfen sie sich den Gesetzen der Automobil-Konzerne. Wir fordern eine strengere Regulierung für die Menschen.

Die Region bemängeln diese Kumpeln der Autokonzerne haben Menschen und Umwelt gehen!

Unter Kartell- und Kavaliersbildung einer kriminellen Ver-

besonders peinlich: Auto-Vorstellung selbstherrlich auch noch feindlich unternehmens Landebahnerweiterung?

Schlimmer als der „worst case“:

Zur Einzelhandelsbilanz nach 10 Jahren ‚Schloss-Arkaden‘



Erwartungen übertroffen? – auf dem „Boulevard Bohlweg“ 2017

Vor 10 Jahren wurde das Einkaufszentrum ‚Schloss-Arkaden‘ eröffnet. Kritiker fürchteten damals, dass der Einzelhandel der Braunschweiger City durch diese massive Erweiterung der Verkaufsfläche erheblich leiden würde.

Die Zahlen der IHK deuten darauf hin, dass die Befürchtungen der Kritiker gerechtfertigt waren. Inflation bereinigt musste die alte City seit 2003 massive Umsatzeinbußen

hinnehmen. Die Anziehungskraft Braunschweigs als Einkaufsstadt für das Umland konnte – nach einem Strohfeuer kurz nach Eröffnung des ECE – mittelfristig nicht gesteigert werden.

Die damaligen Befürworter des Projektes, allen voran die BZ und der ehemalige OB Gert Hoffmann, behaupten dennoch, dass das ECE ein voller Erfolg für den Einzelhandel war. Sie kommen zu ihrem Ergebnis,

indem sie die Zahlen der IHK nur so weit betrachten, wie sie ihnen ins Bild passen und z.B. die Inflation außer Acht lassen.

Massive Umsatzeinbußen in der alten City

Wesentliche Kennziffern für die Stärke einer Einzelhandelslage sind ihr Umsatz und die Größe ihrer Verkaufsflächen. 2002/2003 – also vor der Eröffnung der ECE-‚Schlossarkaden‘ – erzielte der Einzelhandel in der City einen Umsatz von 680 Mio €.

2014 erzielte die City incl. ‚Schlossarkaden‘ 730 Mio € Umsatz. Auf den ersten Blick sieht das nach einer kleinen Umsatzsteigerung des City-Einzelhandels aus. Das wäre gar nicht so schlecht in Zeiten des Internethandels. Der zweite Blick zerstört jedoch diese Illusion.

Zwischen 2003 und 2014 stiegen die Verbraucherpreise um ca. 20%. Inflation bereinigt entsprechen 730 Mio € von 2014 also 610 Mio € in 2003. Das heißt: Die City ohne ECE erzielt im Jahr 2003 inflationsbereinigt 10% mehr Umsatz als die City einschließlich der ‚Schlossarkaden‘ im Jahr 2014. Der Umsatz der ‚Schlossarkaden‘ dürfte bei ungefähr 120 Mio € im Jahr

liegen (ECE veröffentlicht da keine Zahlen). Der wäre jedenfalls noch abzuziehen und somit dürfte der Umsatz der alten City ohne ECE im Jahr 2014 bei ungefähr 610 Mio € liegen. Das sind in Preisen von 2003 dann nur noch ca. 510 Mio €.

680 Mio € Umsatz 2002/2003 zu – inflationsbereinigt – ca. 510 Mio € Umsatz 2014: Das entspricht einer Umsatzeinbuße der alten City von ca. 25% – bei ungefähr gleichgebliebener Verkaufsfläche.

Schlimmer als der „worst case“

Im GfK-Prisma-Gutachten von 2003, auf das die Stadt damals ihre Planungen stützte, wurde die Zukunft in alternativen Szenarien antizipiert. Der Umsatz der City incl. ECE ist heute um ca. 14% geringer als es für den schlimmsten Fall von GfK-Prisma vorausgesagt worden war. Eigentlich kein Grund zum Jubeln.

Keine nachhaltige Steigerung der Attraktivität Braunschweigs als Einkaufsstadt für das Umland

Der Einwand liegt nahe, dass der Internethandel schuld sei an den schlechten Umsätzen der alten City. Das ECE könnte vielleicht doch segensreich sein, insofern es mehr auswärtige Kunden als vorher in die Stadt

lockt. Das ist jedoch nicht der Fall. Die sogenannten Zentralitätskennziffern kennzeichnen den Einzelhandelsumsatz, der von auswärts in eine Stadt fließt oder ggf. nach auswärts abfließt, ein objektiver Gradmesser der Attraktivität. Die entsprechenden Werte der IHK für Wolfenbüttel, Salzgitter und Braunschweig bewegten sich in den Jahren zwischen 1990 bis 2004 in engem Rahmen stabil.

Ab 2005 schreckte die ECE-Baustelle Kunden vom Einkauf in Braunschweig ab, Wolfenbüttel profitierte. Nach der Eröffnung des ECE 2007 zog Braunschweig kurzfristig mehr Kunden an als vor 2005, Wolfenbüttel verzeichnete starke Einbrüche. Seitdem haben sich die Werte kontinuierlich wieder auf ihr Ausgangsniveau zurückbewegt, und die Zentralität Braunschweigs, Wolfenbüttels und Salzgitters bewegt sich 2014 jeweils wieder im Rahmen der Jahre vor 2005. Die 30.000 Quadratmeter Verkaufsfläche im ECE konnten also die Attraktivität der Innenstadt objektiv nicht steigern.

Somit gehen die Umsätze in den ‚Schloss-Arkaden‘ nicht zu Lasten des Umlandes, sie treffen den Braunschweiger Einzelhandel selbst.

Näheres zur ECE-Einzelhandelsbilanz mit sämtlichen veröffentlichten Daten der IHK finden Sie auf www.braunschweig-spiegel.de (Suchwort: ‚worst case‘). *Matthias Witte*

Wählen gehen ... bitte bei der Suche nach uns nicht verzweifeln: Auf den Wahlzetteln zur Bundes- und Landtagswahl finden Sie den/die jeweilige/n BIBS-Kandidaten/-in **gaaaaaanz unten!!!**



Planung zurück auf Null im Kanzlerfeld

Die Stadt beginnt mit dem B-Plan-Verfahren neu.

Die BIBS-Zeitung "Unser-Braunschweig" (U-BS) im Interview mit Katrin Thies von der BI „stadtteil mittelpunkt kanzlerfeld“.

Frage: Frau Thies, wie geht es Ihrer Einschätzung nach nun weiter im Kanzlerfeld?

Thies: Mit den Worten „Der Supermarkt lässt weiter auf sich warten“ wurde die Pressemitteilung der Stadtverwaltung Anfang Juni in der lokalen Presse umgesetzt. Man führte aus, dass sich das Bauvorhaben des Supermarkt-Neubaus weiter verzögern würde. Dahinter verbirgt sich, dass die Stadtverwaltung nun zum dritten Mal ihren Bebauungsplan zurückgezogen hat.

Frage: Das hört sich so an, als sei das Projekt nun gestorben – Hat die BI gewonnen?

Thies: Es ist ein Teilerfolg. Ein Erfolg für Rechtsstaatlichkeit und Bürgerengagement. Das ist zweifelsohne wichtig. Aber Stadtverwaltung und Investor kündigten ja an, dass man an dem Vorhaben festhalten will. Um jeden Preis scheint es fast. Leider wird – so der Tenor der Berichterstattung und auch der politischen Kommentare – immer wieder den Bürgern ein „Schwarzer Peter“ zugewiesen, wenn es zu Verzögerungen kommt.

Frage: Ja man bemängelt, dass das Projekt so lange dauert – Stimmt das nicht?

Thies: Richtig ist, dass die Bürger gegen den Plan Einwendungen vorgebracht hatten. Aber das machen die Bürger doch nicht aus Jux und Tollerei. Nein – die Bürger haben in jeder der drei durchgeführten Auslegungen gravierende Fehler gefunden. Mal waren es Verkehrsprobleme, dann waren es Verstöße gegen Gesetze des

Lärmschutzes, die durch die Bürger aufgedeckt wurden. Und diesmal? Abermals sollte ein Planvorhaben mit erheblichen Schwächen durchgezogen werden – Und wieder waren es die Bürger, die auf Verstöße gegen Gesetze zur Umweltverträglichkeit hinwiesen. Es liegt also nicht am Bürger, dass das Projekt so lange dauert und reichlich Ressourcen und Kosten bindet. Vielmehr liegt es an schlechter Planung und an den substanziellen Problemen, die das Neubauobjekt per se mit sich bringt. Aber erste Anpassungen scheint es ja zu geben. Das stimmt hoffnungsvoll.

Frage: Das bedeutet also, dass es weitergeht?

Thies: Ja, die Stadtverwaltung hat zwar den Bebauungsplan zurückgezogen, aber das macht sie nur, um das Verfahren wieder rechtssicher zu machen. Was sich vordergründig als freundliche Gabe zeigt, ist in Wirklichkeit die Einsicht, dass man Fehler korrigieren muss. Wir sind gespannt auf konkrete neue Ansätze, die sich dann vertraglich und rechtlich transparent gestalten mögen. Die Bürgerinitiative wird sich daher auch bei den nächsten Auslegungen und Debatten kritisch und zugleich immer lösungsorientiert zu Worte melden.

Frage: Auslegungen. Das klingt nach Bürokratie – Wie viele Einwendungen der Bürger gab es?

Thies: Nun – der Bürger ist in die formalen Prozesse des Baurechts eingebunden. Er hat zwar nicht viele Möglichkeiten, die Projekte qualitativ zu begleiten, aber spätestens bei der Auslegung der Pläne darf der Bürger seine Meinung sagen.

Er kann Hinweise geben, Vorschläge machen und auf etwaige Mängel oder Stärken eines Projektes aufmerksam machen. Nahezu 100 Bürger des Quartiers haben Ihre Rechte abermals wirksam genutzt und auf verschiedene Mängel hingewiesen. Das ist ein über-

durchschnittlich hoher Bürgeranteil. Grundsätzlich ist es eine wichtige demokratische Errungenschaft, dass die Bürger hier gefragt werden und dass diese sich einbringen. Leider kostet dies jedoch auch Zeit, was dazu führt, dass die Bürger schnell mal sagen: Ach das wird schon alles richtig sein. Ich verlass mich mal auf die Verantwortlichen.

Frage Und das ist falsch?

Thies: Nein – im Gegenteil! Vertrauen ist sehr wichtig! Und die Basis unserer Gesellschaft. Aber Vertrauen muss verdient sein und immer wieder unter Beweis gestellt werden. Das ist dann aber nicht mehr der Fall, wenn mit Formalismus, oberflächlichen Argumenten, zweifelhaften Gutachten und fragwürdigen Deals gearbeitet wird. Es ist doch bezeichnend, dass hier so viele Fehler aufgedeckt werden. Deswegen bin ich überzeugte Befürworterin von Transparenz und mehr Beteiligung der mündigen Bürger und Gesprächen auf Augenhöhe.

Frage: Wie geht es nun weiter?

Thies: Sowohl das Stadtplanungsamt als auch der Investor halten unverändert an dem Projekt fest, trotz der aufgedeckten Mängel. Massive Probleme des Lärmschutzes sind noch immer evident. Auch die immer wieder vorgebrachten Wünsche der Anwohner auf eine sichere und fließendere Verkehrslösung und eine sich besser in das Quartier einpassende Architektur wurden bislang unzureichend bearbeitet. In dem Gutachten des beauftragten Architekten heißt es, dass eine übergeordnete Idee fehlte. Man dürfe hier nicht nur eine funktionale „Regalhusten“ bauen ...

Frage: Wie steht man im Kanzlerfeld zur momentanen Nahversorgung – Gibt es Engpässe?

Thies: Nein, in unserer Beobachtung gibt es keinerlei Engpässe. Der bestehende Markt wird stark fre-

quentiert. Das Sortiment ist gut auf die Kundschaft zugeschnitten. Es zeigt typische Elemente der Nahversorgung und auch hochwertige Sortimente, an denen der Betrieb eine überdurchschnittliche Handelsspanne erzielt. Man hat nicht den Eindruck, als wenn sich das Geschäft in der angeblich zu kleinen Ladenfläche nicht lohne. Dieses zeigt sich auch an den langen Mietvertragsverlängerungen, die die Firma Görgе aushandelte, um Wettbewerber an der Entwicklung des Standortes zu hindern. Wohl aber ist deutlich zu bemerken, dass der Laden mitunter etwas ungepflegt erscheint.

Frage: Das bedeutet, dass die Nahversorgung gar nicht gefährdet ist?

Thies: Nun – das ist ein neuralgischer Punkt. Hier wird seit nunmehr fast 10 Jahren damit argumentiert, dass der Markt zu klein und damit unwirtschaftlich sei. Man droht mit Schließung. Gleichzeitig werden aber die Mietverträge verlängert. Für den Beobachter ist also zweifelhaft, ob dieses Argument stimmt. Handlungsexperten weisen darauf hin, dass auch in anderen Städten Märkte dieser Größenordnung sehr wohl funktionieren und sich über hohe Akzeptanz und Rendite freuen.

Das hängt eben vom Geschick des Kaufmanns ab. Eine Regel, dass ein Supermarkt eine Mindestgröße haben muss, gibt es nicht. Wir kennen dies ja auch andernorts in Braunschweig. Ein großer Markt von über 3.000 qm ist eben noch kein Garant für wirtschaftlichen Erfolg. Was hier passiert, ist also Verhandlungspsychologie. Es wird mit Angst gearbeitet und auf diese Weise Druck aufgebaut. Leider hält wohl nicht jeder diesen Machtspielen stand.

Frage: Warum sind Sie gegen den Neubau?

Thies: Wir sind eigentlich nicht gegen den Neubau, sondern für den Erhalt

des bisherigen Standortes. Das ist ein Unterschied! Wir lieben und schätzen das vorhandene Einkaufszentrum, das in den siebziger Jahren entstanden ist. Dort sind neben dem Supermarkt auch kleine Läden vertreten, die in unserem Viertel eine wichtige Rolle spielen. Eine Apotheke, ein Friseur, eine Post finden sich dort genauso, wie ein Bäcker, eine Fahrschule und eine Pizzeria. Alles Geschäfte mit Inhabern und Mitarbeitern zum Anfassen.

Wenn Edeka, also der Ankermieter, auf der gegenüberliegenden Seite neu baut und auszieht, so ist wird die Frequenz am alten Standort ausbleiben und der Niedergang dieses Zentrums ist eingeleitet. Diese Entwicklung hat man in anderen Teilen der Stadt schon beobachten können. Wir finden, aus Fehlern sollte man lernen. Lassen Sie uns gemeinsam das bestehende Einkaufszentrum entwickeln! Anfängliche Pläne gibt es. Nur der Wille von Politik, Stadtverwaltung und Supermarkt-Betreiber ist nicht hinreichend vorhanden.

Frage: Ihnen geht es also nur um das alte Zentrum?

Thies: Wir finden, dass das Zentrum sehr wohl erhaltenswert ist und befürworten eine Sanierung im Bestand. Das ist nachhaltiger und schon die Ressourcen.

Zudem bringt der Neubau weitere Probleme mit sich: – Unzureichender Lärmschutz in unmittelbarer Nachbarschaft zum Wohngebiet, – kritische Zuwegung über die Wohnstraßen, – gefährliche Querung über die Bundesallee für Senioren und Kinder. Auch würde dem Quartier ein viel genutzter Bolzplatz und eine Ausbaufäche für die Jugend fehlen. Gerade Letzteres sehen die jungen Familien kritisch in Zeiten, in denen berufstätige Eltern für ihre Kinder oft keinen Betreuungsplatz finden.

U-BS: Vielen Dank für das Gespräch

**NEIN
ZUM GEPLANTEN
INTERKOMMUNALEN
GEWERBE- UND INDUSTRIEGEBIET
STIDDEN-BEDDINGEN**



BürgerInitiative SüdWest-BS
www.bi-bs-sw.de

BürgerInitiative-SüdWest
Samstag, 2. September,
11 bis 16 Uhr

**Kundgebung
Schlossplatz**

gegen das geplante Gewerbe- und Industriegebiet
Stiddien-Beddingen

**INFORMATIONEN-
VERANSTALTUNG
IN BROITZEM**

Gegen
das geplante „Interkommunale
Gewerbe- und Industriegebiet
Stiddien-Beddingen“

Gemeinschaftshaus
Broitzem, Steinbrink 14 a
am 19. September 2017
um 19:00 Uhr

**BürgerInitiative-SüdWest-
BS gegründet!**
**Geitelde, Stiddien,
Timmerlah, Broitzem**



Wir möchten Ihnen mitteilen, dass sich für die Stadtbezirke 222, 223 die **BürgerInitiative-SüdWest-BS** im April dieses Jahres gegründet hat, mit dem Ziel, das geplante Interkommunale Gewerbe- und Industriegebiet „Stiddien – Beddingen“ mit 326 ha, in der von den beiden Städten Braunschweig und Salzgitter am 2. April 2016 angekündigten Form zu verhindern.

Weitere Ziele sind:

1. Die Ansiedlung von nukleartechnischem Gewerbe auf dem Gebiet bei Geitelde, Stiddien, Timmerlah und Broitzem zu verhindern.
2. Den Transport von mittel- und schwachradioaktivem Atommüll über den Übergabebahnhof Beddingen zum Einlagerungsschacht 2 zu verhindern, weil die Sicherheit der AnwohnerInnen bislang in keiner Weise berücksichtigt worden ist. Die Transporte sollen voraussichtlich ab 2022 durchgeführt werden. Die Ortschaften Geitelde, Stiddien, Timmerlah und Broitzem liegen unweit vom Übergabebahnhof Beddingen entfernt.
3. Die Errichtung eines Eingangslagers für mittel- und schwachradioaktiven Atommüll auf dem Gebiet bei Geitelde, Stiddien, Timmerlah und Broitzem zu verhindern, da das BFE (Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit) händeringend ein entsprechend großes Gebiet sucht. Das Kleinklima, das vom Biotop Ellernbruch (Stiddier Forst), dem Ellernbruchsee, dem Nordteich und einem Nebenteich erzeugt wird, ist nicht nur die grüne Lunge für die Stadtbezirke 222, 223, sondern auch für Braunschweig. Diese zu zerstören durch ein Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet, wäre fatal.

gez. **BürgerInitiative-SüdWest-BS**

Wählen gehen ...
bitte bei der Suche nach uns nicht verzweifeln:
Auf den Wahlzetteln zur Bundes- und Landtagswahl finden sie den/die jeweilige/n BIBS-Kandidaten/-in **gaaaaaanz unten!!!**

Asse II am Scheideweg

50.000 Kubikmeter Atommüll wurden 15 km südöstlich von Braunschweig in das ehemalige Salzbergwerk Asse II eingelagert. Seit bald 30 Jahren treten täglich 12 Kubikmeter Wasser in das Bergwerk ein. Es droht die Flutung des Atommülls. Wie geht es weiter? Die Rückholung wird immer unwahrscheinlicher. Der Betreiber hat in den letzten Jahren weder den Bau eines neuen Schachtes zur Bergung des Atommülls vorangetrieben noch Bergetechnik entwickelt und auch keinen Masterplan Rückholung vorgelegt. Gleichzeitig hat er viele Strecken unterhalb der 700 m-Sohle verfüllt und bereitet damit die Flutung der Asse vor. Zwar steht die Rückholung im Atomgesetz, §57b (2) „Die Stilllegung soll nach Rückholung der radioaktiven Abfälle erfolgen.“, aber die Hintertür ist auch schon eingebaut: „Die Rückholung ist abzubrechen, wenn deren Durchführung ... aus radiologischen oder sonstigen sicherheitsrelevanten Gründen nicht vertretbar ist.“ Der Betreiber will im Jahr 2018 einen Standort für ein Zwischenlager für

leicht- und mittlerradioaktiven Abfall bestimmen. Dazu will er möglichst nah an der Schachanlage Asse II nach einem hinreichend geeigneten Standort suchen. Doch wenn der Atommüll weitgehend unten im Berg bleibt, würde sich ein Zwischenlager an der Asse zusammen mit einer Konditionierungsanlage hervorragend als Eingangslager für Schacht Konrad eignen. Bedenklich stimmt in diesem Zusammenhang, dass im Bundesverkehrswegeplan 2030 unter „Vorrangbedarf“ eine Ostumgehung um Wolfenbüttel herum eingestellt wurde, obwohl niemand von hier diese gefordert hat. Sie würde von der A 395 Wolfenbüttel-Nord östlich um Wolfenbüttel herum nach Wendessen zur B 79 gehen, die über Groß Denkte zur Schachanlage Asse II führt. Warum will Berlin dem Landkreis Wolfenbüttel eine Umgehungsstraße „schenken“? Widerstand gegen eine schlichte Zwischenlager-Bestimmung und die Forderung nach einem fairen Vergleich verschiedener Standorte, auch mit erheblichem Abstand zur Wohnbebauung, hat der Asse-2-Koordinations-

kreis (A2K) schon im Sommer 2011 formuliert. Von der gegenwärtigen Asse-2 Begleitgruppe, deren Bürgervertreter vom A2K gewählt werden, ist es also nicht so einfach, eine Zustimmung zu einem Zwischenlager an der Asse zu bekommen. Wegen dieses Widerstandes wurde der Verein AufPASSEn e.V., der im A2K mitarbeitet, im Mai 2015 vom Landkreis Wolfenbüttel scharf angegriffen. Auch die verschiedenen Angriffe von Landrätin Steinbrügge auf die Arbeit der Begleitgruppe müssen in diesem Zusammenhang gesehen werden. Im August 2015 setzte sie die Sitzungen der Begleitgruppe eigenmächtig aus, gegenwärtig verlangen die vier Hauptverwaltungsbeamten eine Beendigung der einheitlichen Asse-2 Begleitgruppe und die Installation neuer Gremien: Einen „Politiker-Tisch“, einen „Zivilgesellschafts-Tisch“ und eine „Schnittstelle“. Eine Konstruktion, die kaum zu einer klaren Positionsbestimmung zu Fragen, die Asse 2 betreffen, in der Lage sein dürfte. Mehr zu all diesen Fragen unter www.asse-watch.de *Andreas Riekeberg*



Seit 2009 gibt es die Asse-Konzerte in der Braunschweiger Region: Deutschlands einzige Konzertreihe mit klassischer Musik, die sich gegen die Nutzung von Atomenergie wendet.

Sonntag, 10. September 2017, 17 Uhr
Evangelische Kirche Remlingen (Im Winkel)

Eine vergnügliche Reise durch das Europa des Frühbarock „con piacere“ Das Ensemble Musica poetica Braunschweig nimmt Sie mit auf eine Reise durch Italien, England und Deutschland im frühen 17. Jahrhundert, also der Zeit des Frühbarock. Dabei spüren die Musiker den damals häufigen Verquickungen zwischen höfisch-kirchlicher und ländlicher Musik nach.

Samstag, 23. September 2017, 17 Uhr
Ev.-luth. Kirche St. Johannes Baptista, Braunschweig-Wenden (Im Winkel 5)

Sonderkonzert am Vorabend der Bundestagswahl „Den Bogen spannen“ Vom Anfang der Violinmusik. Ruth Jäger, Barockvioline; Ursula Gozdek, Cembalo. Werke von Biber, Telemann, Händel u. a. Eintritt frei. Am Ausgang wird um eine großzügige Spende für die Bürgerinitiative BISS e.V. gebeten. Die Asse-Konzerte erhalten keine Gelder aus dem Asse-Fond.

Sonntag, 22. Oktober 2017, 17 Uhr
Till-Eulenspiegel-Museum Schöppenstedt, Nordstr. 4 a
„Barocke Köstlichkeiten für Flöte und Cembalo“

„Barocke Köstlichkeiten“ werden den Zuhörenden zum Abschluss der Asse-Konzerte 2017 im Till-Eulenspiegel-Museum Schöppenstedt versprochen: Am So, 22.10.17, musizieren dort um 17 Uhr Landeskirchenmusikdirektor Claus Eduard Hecker (Cembalo) sowie Ulrike Hecker (Querflöte). „Schmankerln“ der Barockzeit – da darf natürlich Johann Sebastian Bach mit einer seiner Präludien und Fugen aus dem wohltemperierten Klavier ebenso wenig fehlen, wie Werke von Johann Christoph Friedrich Bach und Giovanni Platti. Doch die beiden versierten Kammermusiker bieten nicht nur Bekanntes, sondern auch Überraschungen: Wer z. B. ist Anna Bon di Venezia? Lassen Sie sich überraschen!

... weiter von Seite 1



Erlaubtes Wappen **Verboten!!!**
mit Totenkopf und Werwolf-Symbolen nachfragte. Der Traditionsverband antwortet und räumt Versäumnisse im Umgang mit den Totenköpfen ein, man habe das Wappen eigentlich schon im Jahre 1988 geändert, aber selbst nicht bemerkt, dass der Wehrmächts-Totenkopf immer noch Verwendung gefunden habe (Brief des Trad. Verbandes vom 1.6.2017)

Frau Ministerin von der Leyen ließ dazu antworten ...

„Der Traditionsverband e.V. beabsichtigt, diese Unklarheiten so schnell wie möglich auszuräumen und eine Abhilfe zu erwirken. Ich hoffe Ihnen damit Ihre Befürchtungen im Hinblick auf die Mitgliedschaft von Herrn Brigadegeneral Olaf Rohde im nach dem Vereinsrecht eingetragenen Traditionsverband nehmen zu können.“ (Brief des Ministeriums vom 26. Juni 2017) Der verwandte Wehrmächts-Totenkopf sei nicht mehr der gültige, sondern ein anderer Totenkopf, der geradeaus blickt. **Wehrmächts-Bezüge: In Braunschweig leider kein Einzelfall** Wehrmächts-Bezüge finden sich auch

im Traditionsverband der Roselies-Kaserne. Dort hält man bis heute das Andenken an den Wehrmächts-General Oskar Munzel aufrecht, der mit seinem Panzerregiment 6 als Traditionsbezug des Bundeswehr Panzerbattalion 24 geführt wird.

Gespiegeltes Abzeichen mit Wehrmächts-Panzer (Tiger) unter Reichsadler hervorbrechend mit retouchiertem Hakenkreuz.



Auf ihrem „Ehrenstein“ der ehem. Roselies-Kaserne ist der Traditionsverband übrigens heute noch stolz auf die **Schutztruppe Deutsch-Südwest.**

Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern.
Spendenkonto: Bürgerinitiative
Stichwort „Spende“.
Als „Parteispende“ steuerlich absetzbar!
BIBS-Spendenkonto Nr. 151 322 195
Braunsch. Landesspark. 250 500 00
IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95

Impressum
Herausg.: Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)
redaktion@buergerninitiativen-braunschweig.de
ViSdP: Werner Barnstorff, Pregelstraße 8,
38120 Braunschweig
Redaktion: Dr. Ingeborg Gerlach
Druckerei: Druckzentrum Braunschweig GmbH
Christian-Pommer-Straße 45, 38112 BS

Verärgerung über zu frühe Straßenbahn-Stopp



Berkan Kurtoglu, BBS-Stadtbezirksratsmitglied in Viewegsgarten-Bebelhof und Mitglied im Mobilitätsbeirat der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, fordert die Verkehrs-GmbH zum Handeln auf. Bei der letzten Sitzung des Mobilitätsbeirats im März 2017 hatte Kurtoglu die Problematik mit der Tram an der Endhaltestelle Anklamstraße im Heidberg ausführlich der Geschäftsleitung der Verkehrs-GmbH vorgetragen und eine sofortige Abstellung gefordert. Dennoch ist bisher nichts geschehen.

Es geht um die Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 2, die bei der Einfahrt in die Anklamstraße immer wieder zu früh zum Stehen kommt. Fahrgäste können nicht auf dem eigentlich vorgesehenen Bahnsteig aussteigen, sondern finden sich z. B. im Schotterbett wieder, wenn die Tram nicht ganz einfährt. Für mobilitätseingeschränkte Fahrgäste und für Personen mit Kinderwagen ist der Ausstieg dann an dieser Tür nicht mehr oder im schlimmsten Fall nur noch mit einem Sturz möglich.

Kurtoglu erklärt: „Ich möchte auch nicht, dass sich jemand dort irgendwann einmal ernsthaft verletzt und dann in Folge die Verkehrs-GmbH auf Schadenersatz verklagt. Das sollte doch auch im Sinne der Verkehrs-GmbH sein.“

Laut Aussage der Verkehrs-GmbH im Mobilitätsbeirat seien die frühen Stopps ein Fehlverhalten des Fahrdienstpersonals, das im Wiederholungsfall arbeitsrechtliche Konsequenzen haben würde. „Es ist bedauerlich, dass die Verkehrs-GmbH die Fehler gleich auf die Fahrer abwälzen will, ohne diese gehört zu haben. Vielmehr sollten bessere Rahmenbedingungen (z. B. klarere Pausenregelungen) geschaffen werden, damit die Fahrer gar nicht erst in diese Situation gebracht werden“, erklärt Kurtoglu, der über Monate die missliche Situation vor Ort beobachtet hat.

Gegenüber Berkan Kurtoglu erklärten einige Tram-

fahrer, dass sie ungenügend bis zum vorgesehenen Haltepunkt vorfahren möchten, da bereits am Bahnsteig wartende Fahrgäste schon vor der Abfahrtszeit in die Tram einsteigen möchten. Hier sieht Kurtoglu die Verkehrs-GmbH in der Pflicht, bessere Rahmenbedingungen zu schaffen: „Bislang hat sich leider nichts verändert. Es wiederholt sich, immer wieder, der frühe Stopp. In Gesprächen mit den Fahrgästen habe ich gemerkt, dass sich Unmut gegenüber den Tramfahrern angesammelt hat. Deshalb fordere ich die Braunschweiger Verkehrs-GmbH erneut auf, dafür zu sorgen, dass alle Fahrgäste auf dem Bahnsteig sicher aussteigen können“, so Berkan Kurtoglu abschließend.

red



Die Initiative ART „Aktiv für Respekt und Toleranz“ engagiert sich im Stadtteil Schunterriedung/Kralenriede und darüber hinaus für ein tolerantes, buntes Miteinander aller Menschen und Kulturen und bezieht klar Stellung gegen jede Art von Rassismus.

Im Oktober 2016 hat ART eine Vortragsreihe über verschiedene Länder und ihre kulturellen, sozialen und politischen Hintergründe gestartet. Einmal pro Monat vermitteln wir einen tieferen **EIN BLICK** in verschiedene Länder dieser Welt. Alle Vortragenden haben sich intensiver mit diesen Ländern befasst, haben dort gearbeitet und/oder gelebt und wollen ihre Eindrücke weitergeben, um anderen, die dort nicht mal kurz hinfahren können, trotzdem Einblicke in diese Länder zu geben.

Im Sommer 2017 hat ART das integrative Fußballturnier organisiert und mit großem Erfolg und bester Resonanz durchgeführt.

Gabriele Mersch

„Offener BBS Bürgerstammtisch“

Liebe Aktive, Interessierte, Bürgerinnen und Bürger der Schunterraue (und darüber hinaus), ab September geht es wieder mit dem „Offenen BBS Bürgerstammtisch“ im Heinrich-Jasper-Haus am Tostmannplatz. Ideen/Kritik/Vorschläge/Austausch/Anregungen etc. können hier eingebracht/diskutiert/besprochen werden.

Termine: dienstags 5.9., 17.10., 7.11., 5.12.2017

9.1., 6.2., und 6.3.2018 jeweils von 18-19.30 Uhr

Sabine Bartsch, Mitglied im Stadtbezirksrat Schunterraue

Arbeitskreis Schunterriedung

Die Sommerpause ist zu Ende!

Der Arbeitskreis Schunterriedung lädt auf vielfachen Wunsch wieder ein

- zu Kaffee und Kuchen • nettem Zusammensein • Gesprächen • Diskussionen
- Spiele • Probleme besprechen (große oder kleine) • musikalische Beiträge und auch der Chor „Just Sing“ wird wieder dabei sein.

Ab September 2017 geht es wieder weiter, jeweils sonntags, einmal im Monat, von 15 bis 17 Uhr, in den Räumlichkeiten der Dankeskirche, Tostmannplatz.

Die genauen Termine werden noch bekannt gegeben.

Außerdem noch in Planung: Flohmarkt, Picknick und weitere Aktionen...

Wolfgang Bartsch

Linksmotivierte Gewalt in BS - ein Märchen?

Das zumindest versuchten das niedersächsische Innenministerium und die Sprecher der Polizei Braunschweig gegenüber dem NDR bzw. regionalHeute.de bei der Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik im Mai 2017 der Bevölkerung weiszumachen.

Demnach sei ein „signifikanter Anstieg linksmotivierter Gewaltdelikte“ in Braunschweig, verbunden mit den zahlreichen Protestaktionen gegen „Bragida“ zu verzeichnen.

Doch was steckt hinter dieser Behauptung?

Seit Auftreten der „Bragida“ (Braunschweiger gegen die Islamisierung des Abendlandes) im Januar 2015 wurden seitens der Polizei Braunschweig mindestens 130 Verfahren gegen Demonstrierende gegen diese Bewegung und die AfD initiiert. Vorhalt in vielen Fällen: Der Gebrauch einer Trillerpfeife oder Taschenleuchte, zu hoch gehaltene Transparente, durch das Versammlungsrecht geschützte (Sitz-) Blockaden oder angebliche Widerstandshandlungen, obwohl schon die polizeilichen Maßnahmen rechtswidrig waren. 79 dieser Verfahren wurden durch die Staatsanwaltschaft zur Ordnungswidrigkeit herabgestuft. Von den 51 bekannten Strafverfahren führten bislang 38 zu Einstellungen, 3 zu Freisprüchen, 1 Strafbefehl wurde wegen vermeintlichen Fristversäumnisses rechtskräftig und es gab 2 Verwarnungen nach Jugendstrafrecht. In 4 Fällen ist der Ausgang noch offen, in 3 unbekannt. Es ist nicht eine einzige Verurteilung wegen eines Körperverletzungsdeliktes bekannt. (Quelle: Rote Hilfe e.V.)

Auf Anfrage des BBS-Ratsherren Peter Rosenbaum im Verwaltungsausschuss hinsichtlich der Bußgeldverfahren musste Ordnungsdezernent Claus Ruppert im Juni 2017 folgende Zahlen gestehen: Im Zusammenhang

mit Protesten gegen „Bragida“ und die AfD wurden 74 Bußgeldbescheide mit einer Höhe von insgesamt 7.785 € erlassen. Davon wurden 26 rechtskräftig, i. d. R. weil sich die Betroffenen nicht wehrten. Von den 49 Einsprüchen führten bereits 41 zu Verfahrenseinstellungen. In 7 Fällen habe man noch keine Nachricht über den Verfahrensstand. Von Freisprüchen wisse man nichts. Dabei wurden bereits am 16.3.2017 zwei Brüder vor dem Amtsgericht Braunschweig freigesprochen. Verfolgt man die zahlreichen Gerichtsverhandlungen, drängt sich eher der Verdacht auf, als hätten die Polizeibediensteten ein Problem mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die meisten Straf- wie auch Ordnungswidrigkeitsverfahren führten aufgrund rechtswidriger polizeilicher Maßnahmen unter Missachtung des Grundrechts auf Versammlungs- und Pressefreiheit oder polizeilicher Zeugenaussagen und Berichte im eindeutigen Gegensatz zum Videobeweis zu Einstellungen oder Freisprüchen.

Im Mai 2017 kündigte ein Richter nach entsprechenden Erfahrungen gar an, sich künftig vorrangig nur noch auf einen möglichst durchgängigen Videobeweis zu verlassen. In 26 Fällen einer Sitzblockade vom 18.5.2015 lehnte das Amtsgericht gar die Eröffnung eines Hauptverfahrens wegen der rechtswidrigen Polizeimaßnahmen ab.

Am 29.2.2016 wurde der Fachjournalist und Sprecher des Bündnisses gegen Rechts, David Janzen, bei seiner fotografischen Tätigkeit von 7 Polizeibeamten gewaltsam zu Boden gebracht und über längere Zeit im Polizeikommissariat Mitte festgehalten. Später wurde er wegen angeblichen

Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte angeklagt und am 16.5.2017 wegen der Rechtswidrigkeit der Polizeimaßnahmen freigesprochen, weil weder der unmittelbare körperliche Zwang angekündigt, noch die Beschlagnahme seiner Kamera bzw. Speicherkarten angeordnet wurden. „Das Material hätte nie beschlagnahmt werden dürfen“, sagt sein Göttinger Verteidiger Sven Adam. Eine Sammlung von Einzelberichterstattungen über die Verfahren findet man unter dem Profil von „Klara Fall“ bei unser38.de: <http://www.unser38.de/braunschweig-innenstadt/profile/klara-fall-2275.html>

Daraus gelernt hat die Polizeiführung offensichtlich nichts. Am 1.7.2017 wurden einige Protestierende gegen das „Deutschlandseminar“ mit ausschließlich rechtsextremistischen Rednern und Künstlern in der Burschenschaft Thuringia unvermittelt auf der



Foto von David Janzen: Protest gegen „Bragida“ am 11.4.2016

Laut Beschluss des Landgerichtes Braunschweig vom 9.9.2015 (13 Qs 171/15) stellte eine partielle Sitzblockade vom 18.5.2015 weder eine Gewalttätigkeit noch eine erhebliche Störung einer Versammlung und somit keine Straftat gemäß § 20 NVersG dar.

Straße von mehreren Einsatzkräften mit Hunden ohne Maulkorb angegangen, geschubst, zusammengedrängt, geschlagen, teilweise verletzt und trotz fehlender Rechtsgrundlage brüllend zur Vorlage von Ausweisdokumenten aufgefordert. Sie wurden zu Boden geworfen und teilweise mit Handfesseln fixiert und in Gewahrsam genommen, weil angeblich eine Auseinandersetzung mit Neonazis befürchtet wurde. Die seit 2015 seitens der Polizei veran-

lasten Verfahren haben bislang keiner gerichtlichen Überprüfung standgehalten. Sie finden jedoch Eingang in die polizeiliche Kriminalstatistik, die jedoch im Gegensatz zur Strafverfolgungsstatistik nicht die Verfahrensausgänge berücksichtigt. Daraus entsteht regelmäßig eine Spirale aus falschen Gefahrenprognosen, erneuten rechtswidrigen polizeilichen Übergriffen mit einhergehenden Grundrechtsaushebungen wie der Einschränkung der Versammlungs- und Pressefreiheit und des Zuganges zu anwaltlicher Unterstützung, die nicht nur beim G20-Gipfel in Hamburg zahlreich zu verzeichnen waren (<https://g20-doku.org/>), sowie einer zunehmend beängstigenden Entwicklung hin zu einem autoritären Obrigkeitsstaat durch zahlreiche Gesetzesverschärfungen.

Die Erweiterung des § 113 und Neueinführung des § 114 StGB haben nach der zuvor schon 2011 erfolgten Verschärfung kürzlich dazu geführt, dass entgegen des Gleichheitsgrundsatzes gemäß Art. 3 Abs. 1 GG Polizeibedienstete gesetzlich als höherwertiger eingestuft sind als der Rest der Bevölkerung. Nunmehr wird eine Widerstandshandlung mit einer Mindestfreiheitsstrafe von 6 Monaten bei Mitführen eines gefährlichen

Werkzeugs und ein Angriff auf Vollstreckungsbeamte*innen mit 3 Monaten geahndet. Eine Körperverletzung muss in beiden Fällen nicht erfolgt sein. Eine einfache Körperverletzung eines „Normalbürgers“ wird dagegen gemäß § 223 StGB nur mit einer Freiheits- oder Geldstrafe geahndet. Wie zuvor dargestellt, sind solche Tatbestände gegen Vollstreckungsbeamte*innen schnell konstruiert, oftmals nicht belegbar

und mit körperlichen Übergriffen auf die Bürger*innen verbunden. Die Gesetze lassen sich unter <https://dejure.org/> nachlesen.

Zusätzlich hat der Bundesrat im Juli 2017 das Zeugnisverweigerungsrecht gegenüber Polizeibediensteten abgeschafft. Mussten Zeug*innen bislang nur zwingend einer staatsanwaltschaftlichen Ladung Folge leisten, müssen sie das künftig auch einer polizeilichen nach vorherigem Auftrag der Staatsanwaltschaft.

Die Vorgehensweise ist nicht geregelt. Es könnten z. B. Staatsanwaltschaften auch Generalaufträge an Polizeipräsidien erteilen. Es sind polizeiliche Zeugenladungen zu befürchten, nachdem sich die Befragung jedoch als Beschuldigtenvernehmung herausstellt. Kritisch zu betrachten ist zudem, dass Polizeibedienstete, insbesondere wenn es um politische Versammlungen geht, oft selbst eine Täterrolle innehaben. Wenn diese Beamte*innen dann auch noch unter Erscheinungszwang der Betroffenen die Vernehmungen durchführen und die Ergebnisse der Staatsanwaltschaft übermitteln, dürfte nicht immer von fairen, rechtsstaatlichen Verfahren auszugehen sein.

Bundestagskandidat Peter Rosenbaum setzt sich für die Rückabwicklung der benannten Strafrechtsverschärfungen ein, um die fortschreitende Entwicklung in Richtung eines Polizeistaates zu stoppen. Stattdessen fordert er die Kennzeichnungspflicht der Polizeibediensteten, eine Bodycam-Pflicht bei Versammlungen ohne Abschaltmöglichkeit, die Einrichtung von unabhängigen Untersuchungsstellen für Fälle von durch Polizeibedienstete begangene Straftaten, eine bessere Ausbildung der Beamte*innen einschließlich der Führungsebenen mit dem Schwerpunkt Deeskalation sowie einen effektiven Schutz für Whistleblower.

red